

Wahlen in Deutschland 2013 – eine Analyse

von Peter Hiemann, Grasse

Im September 2013 schien sich in Deutschland die Möglichkeit zu bieten, sich ein Bild vom Zustand der deutschen Gesellschaft zu machen. Die deutsche Bevölkerung war aufgerufen, eine existierende Regierung zu beurteilen, sie zu bestätigen oder abzuwählen und die parlamentarischen Verhältnisse entsprechend individueller Vorstellungen, Forderungen und Hoffnungen zu verändern.

Politische Parteien sind Institutionen (wie zum Beispiel Unternehmen). Sie liegen miteinander im Wettbewerb und kämpfen darum, Meinungen zu dominieren und politisch entscheidende Positionen zu besetzen bzw. zu erhalten. Parteiführer behaupten in ihren Aussagen: „Erst das Land, dann die Partei und am Ende eine Person“. Spätestens mit den Kommentaren der Parteiführer über Sieg und Niederlage einer demokratischen Wahl wird offensichtlich, dass ihre Behauptung eine nicht ernst zu nehmende Aussage war. Allen parteipolitischen Kommentatoren ging es nach der Wahl, den Gewinn an Wählerstimmen hervorzuheben, und den Verlust an Wählerstimmen möglichst kleinzureden. Die Gewinner verwendeten dabei Vokabeln mit emotionalen Inhalten wie „vertrauensvoll“, „erfolgreich“, „sicher“ und „zufrieden“. Die Verlierer bedauern, dass sie Wähler nicht erreicht haben. Kaum oder nur am Rande ging es den politischen Kommentatoren nach der Wahl um zukünftige Interessen der Gesellschaft.

Lassen sich auf Grund eines demokratischen Wahlkampfes und Wahlausgangs zusätzliche Einsichten in kulturelle und gesellschaftliche Zustände einer existierenden Gesellschaftsstruktur gewinnen?

Stimmverhältnisse der Parteien nach Wahlen

Die Sitzverteilung im deutschen Bundestag seit 2005 zeigt folgende Veränderungen:

	2005	2009	2013
CDU/CSU	226	237	311 (49,5%)
SPD	222	146	192 (30,5%)
FDP	61	93	-
Die Linke	54	75	64 (10,0%)
Grüne	51	68	63 (10,0%)
Gesamt	614	619	630
% konservativ	47	53	49
% „progressiv“	53	47	51

Im Jahre 2005 erzwangen die Mehrheitsverhältnisse, dass CDU/CSU und SPD eine Koalitionsregierung mit Frau Merkel als Bundeskanzlerin bilden musste. In der Wahl 2009 erzielte die CDU/CSU leichte Stimmengewinne, die FDP erhielt für ihre Verhältnisse einen überwältigenden Stimmanteil von 15%. Der Stimmenanteil der SPD erreichte ein

historisches Tief von 23%. Frau Merkel bildete eine Regierung mit der FDP als Koalitionspartner. Sie behauptete, in der FDP den idealen Regierungspartner gefunden zu haben.

Bei der Wahl in 2013 erhielt die CDU/CSU-Fraktion eine überwältigende Mehrheit der Wählerstimmen und verfehlte nur knapp die absolute parlamentarische Mehrheit im Bundestag. Die existierende CDU/CSU/FDP-Regierung wurde jedoch abgewählt. Alle anderen Parteien waren enttäuscht (hatten eine Illusion weniger), die Regierung Angela Merkel nicht ablösen zu können. Die Stimmen der „progressiven“ Parteien würden für eine Regierungsbildung unter Führung der SPD reichen. Die Partei „Die Linke“ gilt der SPD jedoch nicht als zuverlässig für ein Regierungsbündnis. Vermutlich befürchtet die SPD auch, dass ein solches Bündnis zu einem weiteren Verfall einer uneinigen SPD-Partei beitragen würde.

Die Wahlkampfthemen 2013

CDU/CSU

- Die CDU/CSU behauptet, Angela Merkel biete die beste Regierungsführung
- Angela Merkel behauptet, die existierende Regierung ist die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung (allen geht es gut wie nie, geringste Arbeitslosigkeit in Europa)
- Eurokrise ist eine Schuldenkrise der Eurostaaten
- Euro-Staaten wird mit Krediten geholfen, wenn sie reformieren
- CSU fordert und erreicht Betreuungsgeld
- CSU fordert Maut für Ausländer

SPD

- Beansprucht Kanzlerposition
- Die Eurokrise wurde durch intolerable Spekulationen der Finanzindustrie ausgelöst. Spekulationsgewinne wurden privatisiert, Spekulationsverluste wurden sozialisiert (Bankpleiten mit Steuergeldern vermieden).
- Global agierende Banken und Unternehmen müssen sich an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligen (Transaktionssteuern, Vermeidung von Steuerflucht).
- Ökonomische Krisen verstärken die Eurokrise. Europa braucht gemeinsame Hilfsprogramme für Reformen und Strukturveränderungen, um gemeinsam global bestehen zu können (ähnlich den Investitionsprogrammen des Marshallplans i Europa nach dem zweiten Weltkrieg).
- SPD fordert zusätzliche Finanzmittel für Kommunen und Bildungsinstitutionen
- Die gesellschaftliche Spaltung in arm und reich hat unakzeptable Ausmaße angenommen und muss abgebaut bzw. gemildert werden.
- SPD fordert gesetzlichen Mindestlohn 8,50 Euro/Std.
- SPD fordert höhere Einkommensteuern für hohe Einkommen und Vermögenssteuer für sehr große Vermögen.
- Neuordnung der Sozialversicherung durch Einführung einer Bürgerversicherung.

Grüne

- Wollen gemeinsam mit der SPD die existierende Regierung ablösen und einen grundlegenden Politikwechsel herbeiführen.
- Die Energiewende der existierenden Regierung ist gescheitert, grundlegende Umorientierung ist erforderlich: Keine Investitionen in umweltschädliche Energieerzeugung, Dezentralisierung der Energieerzeugung, wenn möglich.

- Abbau bzw. Vermeidung von Massentierhaltung. Gesetzliche Regelung für die Einführung eines fleischlosen Tages in Werkskantinen (Veggie-Day).
- Die Partei musste sich am Ende der Wahlkampagne mit Vorwürfen auseinandersetzen, in der Vergangenheit pädophile Positionen vertreten zu haben.

Die Linke

- Banken müssen staatlicher Kontrolle unterliegen (Verstaatlichung?)
- Bisherige und geplante Kredite und Bürgschaften an notleidende Eurostaaten dienen nicht der notleidenden Bevölkerung sondern der Rettung der Banken.
- Die Linke fordert Mindestlohn von 10 Euro/Std.
- Die Linke lehnt Bundeswehrbeteiligung an Auslandseinsätzen ab

AfD (Alternative für Deutschland)

Sechs Monate vor der Wahl hat sich eine neue Partei etabliert. Statt Kredite und Bürgschaften an notleidende Eurostaaten zu vergeben, sollen notleidende Eurostaaten die Euro-Währung durch Landeswährungen ersetzen. Die Partei AfD erhält auf Anhieb 4,7 % der Wählerstimmen und verfehlt den Eintritt in den Bundestag.

Was hat letztlich den Wahlausgang entschieden?

Mit strategischen Fragestellungen und Warnungen vor möglichen gefährlichen Entwicklungen und Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel, um existierende oder zukünftige gravierende gesellschaftliche Probleme zu beheben, lassen sich Wahlen nicht gewinnen. Programmatische Zielsetzungen erzielen nur Aufmerksamkeit bei begrenzten betroffenen Wählerschichten. Breite Mehrheiten lassen sich nur durch populistische Argumente, die breite Wählerschichten emotional bewegen, erzielen. Der Vertrauenskredit an das Führungspersonal einer Partei ist wahlentscheidend.

Die CDU/CSU verdankt die überwältigende Mehrheit der Wählerstimmen der Person Angela Merkel. Sie vermittelt breiten Wählerschichten das Gefühl der Stabilität, Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft. Sie vermied im Wahlkampf alle Sachthemen.

Die SPD adressierte zwar die richtigen Sachthemen, konnte damit aber nur leichte Stimmengewinne erzielen. Der SPD Kanzlerkandidat war nicht in der Lage, Wähler emotional zu erreichen.

Die Partei „Die Grünen“ verliert Wählerstimmen, weil sie sich nicht auf angestammte ökologische Themen und das Thema „Energiewende“ konzentrierte. Ihre Aussagen hinsichtlich „soziale Gerechtigkeit“ und „fleischlose Tage“ hatten einen besserwisserischen, erzieherischen Klang. Ihre Führungspersönlichkeiten konnten nicht überzeugen.

Die Partei „Die Linken“ verliert Wählerstimmen. Die Verluste entstehen vermutlich in den westlichen Bundesländern. Während „Die Linken“ in den östlichen Bundesländern (ehemalige DDR) in Landesregierungen vertreten sind, gelten deren Mitglieder im Westen als „Sektierer“.

Die FDP hat mehr als zwei Millionen Wählerstimmen an die CDU/CSU verloren. Es hatte sich schon länger „herumgesprochen“, dass ihre politischen Beiträge zur

Koalitionsregierung mit der CDU/CSU ohne Bedeutung sind. Die FDP gilt außerdem als Partei, die die Interessen einer kleinen vermögenden „Klientel“ vertritt. Als die Umfragewerte der FDP andeuteten, dass sie womöglich weniger als 5% der Wählerstimmen erreicht, sah sie ihre letzte Chance im „Betteln“ um Zweitstimmen mit dem Slogan: „Wer FDP wählt, wählt Angela Merkel“.

Die wichtigste Erkenntnis jedoch ist: Eine demokratischer Wahlkampf ist bestenfalls geeignet, geistig-kulturelle und sozial-gesellschaftliche Themen zur Diskussion zu stellen. Diese Diskussionen lassen keine Rückschlüsse auf den Zustand einer Gesellschaft zu. Das Ergebnis einer demokratischen Wahl ist nur dann für den Zustand einer Gesellschaft relevant, wenn eine demokratische Wahl institutionelle Veränderungen nach sich zieht.

Institutionelle Veränderungen sind aus der Wahl 2013 tatsächlich zu erwarten. Die vorangegangene Regierung von CDU/CSU/FDP wurde abgewählt und hat keine zweite Chance erhalten. Nun wird es schwierig, eine neue Regierung mit zwar konservativer Führung jedoch mit einem „progressiven“ Koalitionspartner zu bilden, der zum Beispiel einschneidende sozialdemokratische Forderungen in einem Koalitionsvertrag verankern muss. Das zumindest „schuldet“ ein zukünftiger Koalitionspartner „seinen“ Wählern.

Letztlich könnte die konkrete Auseinandersetzung zwischen konservativen und „progressiven“ Vorstellungen vor allem sozial-gesellschaftliche Zustände einer Gesellschaft deutlich machen. Dazu wäre es aber nötig, dass sich Auseinandersetzungen nicht auf allgemeine kostenorientierte Argumente beschränken. Zum Beispiel gilt es, die positiven und negativen Seiten der existierenden Arbeitswelt in seiner Gesamtheit zu verdeutlichen und zukunftsweisende Planungen zu veranlassen. Zum Beispiel reicht es bei Bildungsfragen nicht, finanzielle Mittel für Bildungsinstitutionen vorzusehen. Vielmehr gilt es gleichzeitig konkrete Vorstellungen von zukunftsweisenden geistig-kulturellen Aufgaben zu planen. Zum Beispiel reicht es bei Europafragen nicht, Bekenntnisse zu Europa abzulegen. Vielmehr gilt es aufzuzeigen, wie europäische Institutionen die Kontrolle über globale Euro-Finanzströme in Zukunft gewinnen und ausüben können. Diese Kontrolle kann nicht mehr international agierenden Finanzinstitutionen wie zum Beispiel Goldman Sachs überlassen werden.

Fazit: Wahlen sind nur ein interessantes gesellschaftlicher Ereignis. Erst gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Vereinbarungen nach der Wahl und deren Umsetzung werden verdeutlichen, in welcher Verfassung sich Kultur und Institutionen einer Gesellschaft befinden.

Am Rande bemerkt

Das Verhältnis männlicher gegenüber weiblicher Abgeordneter hat sich zugunsten der Frauen verändert. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten variiert je nach Parteizugehörigkeit zwischen 47 und 51 Jahren. Die Anzahl junger Abgeordneter (zwischen 27 und 30 Jahre alt) hat geringfügig zugenommen. Diese Veränderungen der Zusammensetzung des Bundestages dürften kaum Einfluss auf die Arbeit in der kommenden Legislaturperiode haben.

Das Wahlergebnis wird gelegentlich als Hinweis einer Krise der Demokratie gewertet. Etwa 28,5 % der Wahlberechtigten haben nicht gewählt. Individuelle politische Meinungen und Auseinandersetzungen spielen kaum eine Rolle in der Gesellschaft. Ein politisches Magazin interpretiert die Wahl 2013 polemisch als „Nichtwahl“ im Sinne einer Selektion gesellschaftlich relevanter Alternativen: „Aber Politik hat sie [Angela Merkel] ja

abgeschafft. Argumente hat sie abgeschafft. Das Gespräch über Ideen, Inhalte, Visionen hat sie abgeschafft. Deshalb wurde sie mit der gefühlten absoluten Mehrheit gewählt: Merkel ist Sicherheit, wo es keine gibt. Merkel ist Stabilität, die auch Lähmung sein kann. Merkel ist Vertrauen ohne Bedingungen. Sie ist die reine alles verschlingende Gegenwart. Und die Angst, die Krise, die Zukunft bleiben vor der Tür.“ (Georg Diez – Der Spiegel Spezial zur Bundestagswahl 2013)

Das Wahlergebnis lässt auch eine ganz einfache Interpretation zu: Die Wähler haben sich in erster Linie für eine Person entschieden. Angela Merkel (CDU) war einfach die sympathischere Person verglichen mit den konkurrierenden Kandidaten Peer Steinbrück (SPD), Jürgen Trittin (Die Grünen) oder Rainer Brüderle (FDP). Die absolute Mehrheit der Stimmen für die CSU in Bayern galt wohl einem „ungekrönten König“ Horst Seehofer.

Die Interesselosigkeit deutscher Wähler an Zukunftsthemen ist schwer zu verstehen, wenn man berücksichtigt, dass in vielen europäischen Staaten die Bevölkerung ihrer Empörung, Wut und Zorn über unakzeptable gesellschaftliche Zustände auf den Straßen Ausdruck verleiht. Der Zorn richtet sich gegen menschenverachtende Finanzinstitute und Regierungen, die machtlos sind oder nicht sehen wollen, dass Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der Jugend und Armut die Ursachen für aggressive gesellschaftliche Auseinandersetzungen sind.

Dass im Wahlkampf kaum Themen zum Tragen kamen, die sich mit kritischen Fragen zur gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland, Europa und Staaten, in denen Armut, Korruption und Terror vorherrscht und chaotischen Verhältnisse verursacht, ist nicht zuletzt auch unkritischem Journalismus „anzukreiden“. Es war nicht zu übersehen, dass die Mehrzahl der Journalisten Boulevard-taugliche Themen bevorzugten. In einer Veranstaltung zu Ehren Hans Dietrich Genschers verriet Angela Merkel, dass sie von Genscher abgeschaut habe, wie man auch für nichtssagende Aussagen die Aufmerksamkeit der Journalisten erhalten kann.

Kritische Stimmen gegen die Strategie politischer Vertreter, gesellschaftskritische Themen zu vermeiden, kamen vorwiegend nur von politischen Kabarettisten, die mit Leidenschaft auch dem Zorn das Wort redeten. Der politische Kabarettist Georg Schramm meinte, dass „der Zorn als dienstbarer Geist der Vernunft gegen den Zerfall der Zivilgesellschaft“ zur Hand gehen sollte. Schramm hat diese Ansicht bei Papst Gregor dem Großen (590 bis 604) gefunden, der meinte: „Die Vernunft kann sich mit größerer Wucht dem Bösen entgegenstellen, wenn der Zorn ihr dienstbar zur Hand geht.“

Empörung, Wut und Zorn über unakzeptable gesellschaftliche Zustände auf den Straßen Europas und anderswo (vor allem auch in Ägypten) mögen mehr als berechtigt sein. Schließlich ist Zorn eine natürliche emotionale Regung, der durch Missstände aller Art, sowohl individueller als auch gesellschaftlicher Art, verursacht wird. Zorn kann aber nicht als dienstbarer (kognitiver) Geist der Vernunft interpretiert werden. Ob und wie weit individuelle Vernunft, Wollen und Können hilft oder gar ausreicht, Missstände abzustellen bzw. zu vermeiden, ist eine ganz andere Frage. Für die meisten gesellschaftlichen Missstände sind Institutionen bzw. deren Vertreter verantwortlich. Gesellschaftliche Missstände können nur mit institutionellen Mitteln angegangen und behoben werden.